

Lfd. Nr.: 06/26 JHA

**Vorlage
für die Sitzung
des Jugendhilfeausschusses der Freien Hansestadt Bremen
am
15.01.2026**

TOP 9 „Mittelverteilung OKJA in Obervieland – Dissensverfahren“

A. Problem

Mit Beschluss vom 16.12.2025 hat der Beirat Obervieland die Mittelverteilung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit 2026 für Obervieland abgelehnt und den Jugendhilfeausschuss am 22.12.25 gebeten sich mit dem Sachverhalt bei der nächsten Sitzung zu befassen.

Der Beirat Obervieland hat trotz ablehnenden Beschlusses darum gebeten, dass die Auszahlung der Mittel an die beteiligten Träger zu Beginn des Haushaltsjahres 2026 davon unberührt bleiben soll.

Nach juristischer Prüfung ist eine Auszahlung der Gelder bei gleichzeitig gefasstem ablehnendem Beschluss des Beirats jedoch nicht möglich, zuvor ist das Verfahren zur Herbeiführung eines Einvernehmens einzuleiten.

Gemäß des dem Jugendhilfeausschuss bereits bekannten Beschlusses (1 V 3237/24) des Verwaltungsgerichts der Freien Hansestadt Bremen hat der Beirat ein Zustimmungsrecht nach § 10 Abs. 2 Nr. 1 Ortsgesetz der Beiräte und Ortsämter (OBG) hinsichtlich der Mittelvergabe der OKJA und bei fehlender Zustimmung – wie hier für Obervieland gegeben – den Anspruch ein Verfahren zur Herbeiführung eines Einvernehmens nach § 11 OBG einzuleiten. Daher wurden die Mittel für die Offene Kinder- und Jugendarbeit für 2026 in Obervieland bisher nicht beschieden.

Bei streitigen Fällen kommt dem Jugendhilfeausschuss ein Vermittlungsrecht zu.

Die Antragssummen und der Verteilvorschlag des AfSD gestalten sich wie folgt:

Für Obervieland stehen im Jahr 2026 insgesamt 528.603,78 Euro zur Verfügung.

Mittelverteilung Obervieland OKJA 2026		
Träger	Antrag 2026	Vorschlag
Institutionelle Förderung		
Kinder- und Jugendfarm	146.636,32 €	131.704,00 €
AWO Funpark	200.365,11 €	154.198,49 €
AWO-Jugendclub	200.555,83 €	163.722,34 €
DRK Aktiv- Treff	64.082,23 €	57.644,25 €

Projektförderung		
VAJA	17.149,65 €	16.334,70 €
BGO	7.800,00 €	5.000,00 €
Gesamtsumme	636.589,14 €	528.603,78 €
Mittelverteilungssumme 2026	528.603,78 €	528.603,78 €
Überzeichnung	107.985,36 €	- €

Die beantragten Stadtteilmittel in Höhe von 636.589,14 Euro übersteigen das vorhandene Budget von 528.603,78 Euro deutlich. Durch das AfSD wurde somit ein Verteilvorschlag formuliert, der eine Förderung aller Anträge anteilig berücksichtigt. Zusätzliche Mittel für Mietzahlungen an Immobilien Bremen und Mittel aus dem Integrationsbudget stehen noch zur Verfügung und sind kein Teil des Verteilvorschlags.

B. Lösung

Der Jugendhilfeausschuss (JHA) verfügt über ein Prüfungs- und Vermittlungsrecht in Fällen strittiger Mittelvergabeprozesse. Nach Prüfung durch die Jugendamtsleitung und die Abteilung Junge Menschen und Familie bei SASJI bestehen keine Verfahrensfehler.

Aus fachlicher Sicht ist dem Vorschlag des AfSD zu folgen. Dieser berücksichtigt die gesetzliche Gesamt- und Planungsverantwortung gemäß § 79 SGB VIII, die Bedarfe junger Menschen im Stadtteil Obervieland, sowie die Regelung des Art. 132a Satz 1 LV zur vorläufigen Haushaltsführung gemäß „b) um rechtlich begründete Verpflichtungen der Freien Hansestadt Bremen zu erfüllen“.

Zur Fortführung des Verfahrens gemäß § 11 BremOBG ist die Entscheidung des Jugendhilfeausschusses erforderlich.

C. Alternativen

Es wird keine Alternative vorgeschlagen.

D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Mit dieser Befassung sind keine zusätzlichen finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen verbunden.

Geschlechtergerechtigkeit ist eine grundlegende Querschnittsaufgabe der offenen Kinder- und Jugendarbeit und im Rahmenkonzept der Stadtgemeinde Bremen verankert.

E. Beteiligung / Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz steht nichts entgegen.

G. Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss bestätigt die Entscheidung des AfSD zur Verteilung der Stadtteilmittel für die Offene Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil Obervieland für das Jahr 2026.

Der Jugendhilfeausschuss bittet den Beirat, sich in der nächsten Sitzung mit diesem Beschluss zu befassen und bei weiter bestehendem Dissens die zuständige Deputation für Soziales, Jugend und Integration anzurufen.

Anlage 1: Beschluss des Beirates Obervieland vom 16. Dezember 2025.



Bremen, 17.12.2025

Beschluss des Beirates Obervieland vom 16. Dezember 2025

Mittelverteilung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) 2026

Der Beirat Obervieland lehnt den Mittelverteilungsvorschlag 2026 für die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) im Stadtteil Obervieland ab. Er befürchtet, dass es bald auch in Obervieland zu Schließungen von Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit kommt. Für den Beirat ist der Erhalt der Kinder- und Jugendeinrichtungen vor Ort ein wichtiger Pfeiler für Prävention und außerschulischem Lernen. Gerade die aktuelle Krisenzeit erfordert besonders für Kinder und Jugendliche erhöhte Anstrengungen in der Kinder- und Jugendarbeit.

Trotz dieses ablehnenden Beschlusses soll die Auszahlung der Mittel an die beteiligten Träger zu Beginn des Haushaltsjahres 2026 davon unberührt bleiben.

Begründung:

Im Jahr 2026 sollen die Mittel für die Kinder- und Jugendeinrichtungen im Stadtteil Obervieland 528.603,78 € betragen. Gegenüber dem vergangenen Jahr erfolgt somit keine Steigerung. Die beantragte Summe der Träger wird zudem um 107.985,36 € unterschritten.

Dies bedeutet, dass die Träger weder einen Inflationsausgleich, noch einen Ersatz für steigende Energie- und Tarifkosten erhalten. Die Träger berichten auch, dass sie steigende Besucherzahlen verzeichnen und damit der Zuschuss pro Kind bzw. Jugendlichem reduziert wird. Dies kann auch durch zusätzliche Spendeneinnahmen nicht ausgeglichen werden.

Die Träger weisen darauf hin, dass die bisherige Arbeit nicht in der gewohnten Form weitergeführt werden kann. Die knappen Mittel erschweren es zudem erheblich, qualifiziertes Personal zu gewinnen und langfristig zu binden.

Es müssen Öffnungszeiten reduziert, Stellen gestrichen, Programm- und Instandhaltungskosten verringert werden. Auf der Kinder- und Jugendfarm ist die Aufnahme weiterer Tiere nicht mehr möglich und ein großer Teil des Geländes liegt für die Kinder- und Jugendarbeit brach.

In der Haushaltsplanung des Landes Bremen muss die Kinder- und Jugendarbeit endlich einen höheren Stellenwert gegenüber anderen Bereichen erhalten und längerfristig planbar sein.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung

gez. Radolla

Michael Radolla
(Ortsamtsleiter)